



Sudetendeutsche Zeitung

Die Zeitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

157. Jahrgang
Reichenberger Zeitung

HEIMATBOTE

Heimatruf

VOLKSBOOTE

Jahrgang 70 | Folge 10 | 2,80 EUR · 75 CZK | München, 9. März 2018

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH · Hochstraße 8 · D-81669 München · eMail zeitung@sudeten.de

B 6543

DIESE WOCHE

Minderheiten in Europa

Was bereits anerkannt wurde: Rudolf Grulich über einen Beitrag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Seite 2

Bad Kissingen

Projekte wecken Interesse: Spuren deutscher Geschichte in der Tschechischen Republik. Seite 5

KURSE

1 CZK = 0,39390 EUR
1 EUR = 25,3871 CZK
PX 50 = 1110,28 (-22,52)

Johann Georg Grasel

Der mährische Robin Hood wurde vor 200 Jahren hingerichtet. Seite 6

München

Neuer Lesesaal eröffnet: Festakt im Sudetendeutschen Haus. Seite 7

Die deutschen Heimatvertriebenen und die künftige Bundesregierung

Geballte Rückendeckung in Berlin

„Kräftig Gas geben“ will Horst Seehofer als Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat in Berlin. Der Vollblutpolitiker hat nicht nur langjährige Regierungserfahrung in Bonn, Berlin und München, sondern wird fast ein Jahrzehnt Schirmherr der Sudetendeutschen, deren Karlspreis er 2012 entgegennahm, gewesen sein und – was wenig bekannt ist – auch Pate der Ostpreußen und ihrer Landsmannschaft. Sein Parlamentarischer Staatssekretär Stephan Mayer ist Präsidiumsmitglied des Sudetendeutschen Rates, Vizepräsident des BdV und gehört der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, deren Stellvertretender Vorsitzender er seit vielen Jahren ist. Einen Schreibtisch im Bundesinnenministerium, das auch für Vertriebene und Aussiedler zuständig ist, bekommt auch BdV-Präsident Bernd Fabritius, Präsident der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und weltweit. Er wird alsbeauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Nachfolger von Hartmut Koschyk und Günter Krings.

Die neue Bundesregierung werde aus Sicht der deutschen Heimatvertriebenen denn auch „die beste seit langem“ sein, freut sich Volksgruppen-sprecher Bernd Posselt, der auch Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen und Aussiedler (UdV) der CSU ist – in der wiederum Stephan Mayer und Bernd Fabritius, die nun Schlüsselpositionen in Berlin einnehmen, seine Stellvertreter sind. Posselt begrüßte die Nominierung Horst Seehofers zum Bundesinnen- und damit Vertriebenenminister, da dieser als Bayerischer Ministerpräsident eine vorbildliche Vertriebenenpolitik gemacht habe: „Die tschechisch-sudetendeutsche Aussöhnung, der Bau des Sudetendeutschen Museums sowie eine energische Interessenvertretung für alle Landsmannschaften sind bleibende Erfolge seiner Ära.“

Genauso erfreulich sei die Berufung von Stephan Mayer und Bernd Fabritius: „Das ist geballte Kompetenz und Erfahrung“, so Posselt.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode heißt es: „Das kulturelle Erbe der Deutschen in Mittel- und

Osteuropa und das Kulturgut der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sind wichtige Bestandteile der kulturellen Identität Deutschlands. Wir wollen die im Sinne des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes tätigen Einrichtungen gemeinsam mit den Heimatvertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten als Träger dieses Erbes sowie im Sinne der europäischen Verständigung für die Zukunft ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen stärken. Wir wollen außerdem dafür Sorge tragen, daß die Konzeption der Stiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘ in der aktuellen Legislaturperiode erfolgreich umgesetzt und weiterhin europäisch ausgerichtet wird. Die Koalitionsparteien se-



Dr. h. c. Horst Seehofer, Stephan Mayer MdB und Dr. Bernd Fabritius freuen sich auf die neuen Aufgaben in Berlin.

hen die historische Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung als gesamtgesellschaftliches Anliegen.“ Und an anderer Stelle: „Wir bekennen uns weiterhin zur besonderen Verpflichtung gegenüber den Deutschen in Mitteleuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die als Aussiedler und Spätaussiedler zu uns kamen oder als deutsche Minderheiten in den Herkunftsgebieten leben. Wir wollen die nationalen Minderheiten in Deutschland und die deutschen Minderheiten in Dänemark, in Mitteleuropa und Südosteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion weiter fördern. Wir wollen die

Maßnahmen zum Erhalt des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und der deutschen Minderheiten unter ihrer Einbeziehung – gegebenenfalls auch strukturell – weiterentwickeln.“

Die CSU stellte bislang erst dreimal den Bundesinnenminister: Hermann Höcherl von 1961 bis 1965, Fritz Zimmermann von 1982 bis 1989 und Hans-Peter Friedrich von 2011 bis 2013. Horst Seehofer wird nun auch für die Bereiche Bau und Heimat zuständig sein. Bundesbauminister aus den Reihen der CSU waren vor ihm Oscar Schneider (1982 bis 1989), Gerda Hasselfeldt (1989 bis 1991), Eduard Oswald (1998) und Peter Ramsauer (2009 bis 2013). Seehofer war es, der 2013 in Bayern ein Heimatministerium einführte – verbunden mit dem Finanzministerium. In Berlin wird sich Heimatminister Seehofer mit dem Finanzminister aus der SPD arrangieren müssen, um Lebensverhältnisse und Infrastruktur in den weniger wohlhabenden Landstrichen zu verbessern.

Fülle von Zuständigkeiten

Bereits ohne die Bereiche Bau und Heimat, die dieser Tage noch exakt zugeschnitten werden, hat der Bundesinnenminister eine Fülle von Zuständigkeiten, und seinem Haus unterstehen zahlreiche wichtige Behörden. Es geht um nicht weniger als

- die innere Sicherheit, insbesondere die Kriminalitätsbekämpfung, den Grenzschutz, den Zivildienst und die Luftrettung;
- den administrativen Schutz der Verfassung, insbesondere den Schutz vor Extremismus, Terrorismus, Sabotage, Spionage und Sekten;
- die Angelegenheiten betreffend Zuwanderung, Integration und nationale Minderheiten, insbesondere Ausländer, Flüchtlinge, Asylsuchende, Vertriebene und Spätaussiedler;
- das Paß-, Ausweis- und Meldewesen;
- den Öffentlichen Dienst;
- die Organisation der öffentlichen Verwaltung, insbesondere Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung;

Bitte umblättern

KSCM-Chef Vojtěch Filip

Einsatz 1989 „in Ordnung“

Das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstration von Studenten und Gegnern des kommunistischen Regimes am 17. November 1989 in Prag war laut dem Parteichef der tschechischen Kommunisten, Vojtěch Filip, „in Ordnung“.

Wichtig sei, daß sich die Menschen sicher fühlten. Die Polizei habe „funktioniert“, erklärte der KSCM-Vorsitzende am Sonntag gegenüber dem Fernsehsender „iPrima“. Die besagte Demonstration war ein Auftakt zur politischen Wende und zum Sturz der Diktatur in der CSSR.

In der Tschechischen Republik wird die Politik in den letzten Tagen im Slalom-Stil betrieben. Eine Regierung ohne das parlamentarische Vertrauen nimmt Änderungen vor, die viele Kommentatoren kritisieren, da sie eigentlich erst von einer richtig installierten Regierung vorgenommen werden sollten.

Die Medien reagieren mit der korrekten Bezeichnung der Politiker auf den Ministerposten: Minister in Demission. Auch die Regierung ist eine Regierung in Demission. Die Tatsache, daß nicht die vergangene Regierung so lange amtiert, bis eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit sie ablöst, wird vielfach kritisiert. Auch werden die Verfassungsprinzipien diskutiert, die solches ermöglichen.

Änderungen

Andrej Babiš, der Premierminister in Demission, versucht, bei bestimmten Kontrollinstanzen Änderungen vorzunehmen und zum Beispiel den Leiter der Generalinspektion der Sicherheits-

Verwerfungen in den demokratischen Systemen, die erst eine Generation jung sind

In Prag und Preßburg brodelt es

organe, Michal Murin, abzusetzen. Er fordert ihn auf, selbst zurückzutreten, Murin weigert sich jedoch. Gleichzeitig verfolgt Babiš die öffentlichen Reaktionen auf die Wahl des KSCM-Abgeordneten Zdeněk Ondráček zum Mitglied der parlamentarischen Kommission zur Kontrolle der Sicherheitsorgane. Die Reaktion der Öffentlichkeit gipfelte am Montag in einer Demonstration gegen Ondráček, zu der an die 20000 Menschen auf dem Wenzelsplatz zusammenkamen. Ondráček wurde im zweiten Anlauf in dieses Gremium ge-

wählt, offensichtlich auch mit Stimmen der Bewegung ANO.

Doch dann erkannte der Premier in Demission, daß er politisches Kapital einbüßen könnte, und rief zur Abberufung des kommunistischen Abgeordneten auf. Der trat am Dienstag schon wieder als Kommissionsmitglied zurück. Zdeněk Ondráček war vor der Wende Polizist, und bis heute sieht er nichts Schlechtes daran, daß er mit dem Schlagstock in der Hand gegen die Demonstranten von 1989 einschritt.

Heute hat er in den Medien den Spitznamen „Dreschflegel“. In die Debatte floß auch seine Qualifikation ein. Seinen juristischen Dokortitel erwarb er an der Polizeiakademie.

Generalstab

Karla Šlechtová, Verteidigungsministerin in Demission, nimmt eine Änderung an der Spitze des Generalstabs der Armee vor. Der bisherige Amtsinhaber Josef Bečvář wird mit dem Dank des Vaterlandes in Pension geschickt, und an seine Stelle kommt Aleš Opat, der mehrere Auslandseinsätze befehligte und gut in der NATO vernetzt ist. Kommentatoren fragen sich, ob eine vom Parlament nicht bestätigte Ministerin solche Entscheidungen überhaupt treffen darf und was sie dazu veranlaßt. Der abberufene Bečvář ist in diesem Zusammenhang sehr einsilbig und spricht nicht mit den Medien.

Sozialdemokrat?

Sehr aufmerksam wird die Situation in der Slowakei verfolgt. Auch weiterhin ist Mitgefühl mit dem ermordeten Journalisten Ján Kuciak und seiner Freundin ein Motiv. Doch auch die politischen Konflikte im Lande werden aufmerksam verfolgt. Die schiefe Bahn, auf die der slowakische Premier Robert Fico geriet, wird analysiert. Vielfach wird auch verglichen, welche Mechanismen in beiden Ländern wirken, wenn europäische Fonds ausgeschüttet werden. Und gefragt wird, ob Fico überhaupt ein Sozialdemokrat sei. Das ist übrigens auch in der tschechischen politischen Szene ein Thema, wo sich diese Frage stellt, wenn die politische Entwicklung des Staatspräsidenten Miloš Zeman diskutiert wird. Der machte ausgerechnet um den 70. Jahrestag der Machtübernahme 1948 seine Teilnah-

me am Parteitag der tschechischen Kommunisten bekannt.

Eine Instanz

Als sehr positiv wird in der Tschechischen Republik die Vorgehensweise des slowakischen Staatspräsidenten Andrej Kiska gewertet, der nach dem Doppelmord zu einer Erneuerung der Regierung auffrief und sich so gegen Fico stellte. Umgekehrt kritisiert Fico das, wie er sagt, Geheimtreffen Kiskas vergangenes Jahr mit dem Investor George Soros, was nun nach Ungarn auch in der Slowakei zur Ablehnung von dessen Tätigkeit führt. Soros unterstützt mit seinem Vermögen auch Bürgerrechtler und Bürgerrechtsorganisationen. Kiska hatte mit Soros die Lage der Roma besprochen, und Fico wirft ihm vor, er übernehme in dieser Frage – aber auch generell – Standpunkte der Opposition. In beiden Ländern brodelt es, und es gibt Situationen, die als Nagelprobe für die gerade vor einer Generation begonnenen Demokratie verstanden werden können. Jaroslav Šonka

